

Er scheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 J., 1/2 jähr. 1.50 J.
jährlich frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezugsbar, kostet
monatlich 10 J., 1/2 jährlich 30 J.

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißestraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegramm-Adresse: Wolfshardt Hallestadt.

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 6

Halle a. S., Dienstag den 9. Januar 1900.

11. Jahrg.

Die bisher Bürgerentrichtung vor dem Bezirksauschuß.

Als im Herbst die Kreis-Verordnetenversammlung beschlossen hatte, sich zum Erkenntnis an den Stadtvorordnetenmahlen zu beteiligen, mußten mehrere Hunderte die Erfahrung machen, daß sie nicht in die Wählerliste eingetragen waren. Zum Teil sollten die Zurückgewiesenen nicht das zum Bürgerwerden erforderliche Einkommen haben, zum Teil wurden andere Weigerungsgründe geltend gemacht. Leider haben nur recht wenige der Zurückgewiesenen den Rechtsweg beschritten. Vielleicht ist diese behauerliche Mangelhaftigkeit darauf zurückzuführen, daß in einem großen Teile der Arbeiterstadt das Vertrauen zur Rechtspflege auch auf dem Gebiete der Verwaltungsstreitigkeiten auf Null gesunken ist. Nur vier der Entrechteten strengten die Klage gegen die Stadtvorordneten beim Bezirksauschuß an. Einer derselben, Rüdiger Walle, zog noch vor dem Termine seine Klage zurück, so daß der Bezirksauschuß nur noch über die Ansprüche der Genossen Gehlischföhler Florin, Stelmacher Gerhardt und Wilsdorff Schumann zu verhandeln hatte.

Der Termin fand am 24. November statt, und wir haben seiner Zeit schon mitgeteilt, daß der Bezirksauschuß den Klägern recht gegeben und ihre Aufnahme in die Wählerliste verfügt hat. Jetzt liegt das schriftliche Urteil vor. Es lobt sich, die Entscheidungsgründe ausführlich wiederzugeben, da sie unter Umständen auch für die Arbeiter in anderen Städten von Wert werden können.

Obwohl Florin und Gerhardt je zu 6 M. Gemeinde- und 4 M. Staats-Einkommensteuer und Walle sogar zu 9 bzw. 6 M. dieser Steuern seit dem 1. April 1899 veranlagt waren, hatte die Stadtvorordneten-Veranlagung ihren Einspruch wegen Nichtaufnahme in die Wählerliste als unberechtigt zurückgewiesen, da die Kläger

weder Besitzer eines Wohnhauses seien, noch seit mindestens 1 Jahre die erforderliche Steuer zahlten.

Allerdings zählte, so wurde von den Stadtvorordneten bei Begründung der Abweisung ausgeführt, Schumann seit 1. April 1899 6 M. Staats- und 9 M. Gemeinde-Einkommensteuer, im Jahre 1898/99 aber je 7, weil er damals noch ein Kind unter 14 Jahren besaßen habe, zur Staats-Einkommensteuer nur mit dem fingierten Satze von 4 M. und zur Gemeinde-Einkommensteuer mit 6 M. veranlagt gewesen. Derselbe Veranlagung habe 1898/99 bei den Klägern Florin und Gerhardt stattgefunden, diese Steuerhefte seien aber nicht hoch genug, um daraufhin das Bürgerrecht zu verschaffen. Denn nach dem Ortsstatut für Jahr von 1879 sei der Erwerb des Bürgerrechts von der Veranlagung zur 4. Stufe der Klassensteuer, also von der Veranlagung zur 12 M. Staatssteuer abhängig gemacht.

Der Bezirksauschuß wies diese gegen die Aufnahme der Kläger in die Wählerliste geltend gemachten Einwände als unzutreffend zurück, indem er in Uebereinstimmung mit den Klägern entschied, daß die ortstatutarische Bestimmung in Jahr vom 4. August 1879, welche die Erlangung des Bürgerrechts von einem Mindestverdienst von 15 M. abhängig macht, von Anfang an ungültig gewesen ist. Nicht einmal der frühere Satz von 6 M. habe noch Geltung, da § 77 Abs. 1 des einst.-Verf.-Gesetzes vom 24. Juni 1891 berechtigt:

Somit nach den bestehenden Bestimmungen das Bürgerrecht an die Bedingung eines jährlichen Klassensteuerbetrages von 6 M. geknüpft ist, tritt bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung des Gemeindebürgerrechts an die Stelle des genannten Satzes der Steuerfuß von 4 M. bzw. ein Einkommen von mehr als 660 bis 900 M.

Darnach müßte auch in Jahr trotz der entgegenstehenden ortstatutarischen Bestimmung von 1879 seit dem Inkrafttreten des eben angezogenen Gesetzes, also seit dem 1. April 1892 schon ein Steuerfuß von 4 M. zum Erwerbe des Bürgerrechts genügen.

Während in diesem Teile seiner Entscheidung der Bezirksauschuß nur einen längt und überall schon anerkannten Rechtsgrundsatz wiederholt hat, dessen Wichtigkeit seitens der Kreis-Verordnetenverwaltung großes Ersinnen werden mußte, stellt der Bezirksauschuß in seiner weiteren Begründung einen Grundsatze auf, der namentlich für die halleschen Verhältnisse von größter Wichtigkeit und neu ist. Es heißt nämlich:

Dieser Steuerfuß (von 4 M. bei 600-900 M. Einkommen) braucht ferner nicht erreicht zu werden; vielmehr hat der § 5 des Gesetzes wegen Herabsetzung direkter Staatssteuern vom 14. Juni 1898 schon an die Thatsache der Veranlagung dieselben Folgen geknüpft, welche früher an deren Nichterreichung geknüpft waren. Unverküert kann es deshalb heißen, ob auch schon früher, trotz des Wortlauts des § 5 der Städteordnung die wirkliche Zahlung der Staatssteuer als Kriterium der Bürgerrechts-Erwerbung behandelt werden durfte. Dieser Grundsatze, daß schon die Veranlagung zu einem Steuerfuß von über 660 M. genügt, nicht aber auch die Zahlung der Steuer für diesen Satz verlangt wird, ist für Halle ungemein wichtig, denn weit über tausend hallesche Einwohner, welche die sonstigen Bedingungen für das Bürgerwerden erfüllen und auch zu mehr als 660 M. Einkommen veranlagt waren, sind trotzdem vom Wahlrecht ausgeschlossen worden, weil sie wegen ihrer Kinderzahl und der

damit verbundenen Abzüge vom veranlagten Einkommen keine Steuern zu bezahlen brauchten. Und wenn wir nicht sehr irren, hat vor zwei Jahren, als der Massenprotest der entrechteten halleschen Bürger vor demselben Bezirksauschuß zu Merseburg verhandelt wurde, der Bezirksauschuß in diesem Punkte anders entschieden. Um so erfreulicher ist die neue Entscheidung, welche auch zweifellos dem Willen des Gesetzgebers entspricht.

In Zukunft werden also alle diejenigen in die Wählerliste aufgenommen sein, welche zwar infolge ihrer Kinderzahl keine Staats- oder Gemeindesteuer zu bezahlen brauchen — die Staatssteuer wird bekanntlich erst von Einkommen über 900 M. erhoben — aber doch mit mehr als 660 M. veranlagt sind. Diese Regel gilt für alle Städte. Vermuthlich wird gerade dieser Teil der Entscheidung des Bezirksauschusses beim Oberverwaltungsgericht angefochten werden, aber der klare Wortlaut des Gesetzes läßt gar nicht die Möglichkeit zu, daß die oberste Instanz zu einer anderen Entscheidung kommen könnte.

Daß hinsichtlich nur die Veranlagung also das entscheidende Moment für die Bürgerwerden und demnach auch für die Wählbarkeit des Bürgers ist, ergibt sich aus folgenden dem Schlußsatze der Merseburger Entscheidung, in der immer nur von der Veranlagung, nicht von der Bezahlung die Rede ist. Der Satz lautet:

Veranlagt waren die Kläger Florin, Gerhardt und Schumann schon im Etatsjahre 1898/99 zu 4 M. Staats-Einkommensteuer; ebenso hoch sind die beiden ersten im Etatsjahre 1899 veranlagt worden, und Schumanns Veranlagung ist für dieses Jahr um eine Stufe gesteigert. Deshalb ist es in sämtlich die heutige Voraussetzung des § 5, Abs. 2, Nr. 4 der Städte-Ordnung und der hierzu ergangenen Änderungen und sind somit in den Besitz des Bürgerrechts gelangt.

Die Bürger sind sie stimmungsberechtigt, und sie haben einen Anspruch auf Aufnahme in die Liste der stimmungsfähigen Bürger.

Mit diesem Urtheile ist eine sehr wichtige Streitfrage ein für allemal aus der Welt geschafft worden; denn das Oberverwaltungsgericht wird, wie gesagt, nicht in der Lage und wohl auch nicht willens sein, diese lediglich dem Wortlaute und dem Sinne des Gesetzes entsprechende Auslegung für rechtsermäßig zu erklären.

Begleitend die ortstatutarische Bestimmung für Jahr von 1879 jedoch nicht aufrecht erhalten worden ist, ob wohl sie schon seit Jahren rechtsermäßig ist. Da sitzen eine ganze Anzahl von Juristen im Magistrat und im Stadtvorordneten-Kollegium, und keiner dieser Herren weiß oder merkt, daß jene Bestimmung ungesetzlich geworden ist. Da klagt man behändig über die Abnahme der bürgerlichen „Autorität“ und beivahrt einen Bürger streng, der mal in begründetem Unmutte eine Lippe über den Magistrat oder die Stadtvorordneten riskiert. Durch seine zornige Rede kann jedoch das Ansehen einer Behörde so erschüttert werden als durch die Blamage, daß ihr von einer anderen Instanz gesagt werden muß, sie könne die Gesetze nicht und richtig nicht nach Bestimmung, die längst ungesetzlich geworden sind, durchzuführen. Die Kreis-Verordnetenversammlung aus dem Merseburger Urteil zu ziehen können. Hätten alle Entrechteten, deren Zahl in die Hunderte geht, Einspruch gegen ihre Nichtaufnahme in die Wählerliste erhoben und wäre die Giltigkeit der Wahl angefochten worden, so hätte wahrscheinlich eine Neuwahl stattfinden müssen. Das ist jetzt nicht mehr durchführbar. Hoffentlich gelingt es jedoch, bei der nächsten Wahl Brüche zu schießen in die alte Ringmauer, die bisher die Arbeiterstadt von der Teilnahme an der halleschen Verwaltung ausschloß.

Vom Südafrikanischen Kriegsschauplatze.

Somit neue Nachrichten von den Operationspunkten vorliegen, ist die Lage der Engländer überall eine verzweifelte. Trotzdem können sie das Schwimden nicht lassen. So liegt aus Freie vom Freitag folgendes wunderbare Bulletin vor:

Aus Chibulwe rückt eine größere Abtheilung zu einem Erkundungszug aus. Sie umfaßt zwei Jägergeschwader-Gesahde, das 18. Infanterie-Regiment, die Natal-Karabinier, die berittenen Kompanien der King's Royal-Scots, die Zuliner Jäger, die South-African-Reiter und die Cape-Reiter-Regter. Es sollte die Stellung des Feindes auf dem Hügel südlich von Hlangwani aufgefahrt werden. Die Artillerie sandte mehrere Geschosse in die feindlichen Verdingungen und wurde durch die in Ghibele lebenden Schiffschiffe daran unterläßt, daß der Feind durch die Schiffe in dem Feindlichen Lager zu Feuer kam. Die Geschosse der Buren erwiderten mit einem aus weite Entfernung abgegebenen Feuer. Da die Buren indessen ihre Stellung nicht aufgaben, schickte die englische Abtheilung ins Lager von Chibulwe zurück.

Diese niederträchtigen Buren! Gehen sie aus purer Bosheit ihre Stellung nicht auf, so daß die Engländer unverrichteter Sache — wer weiß, wie viele Tote der „Erkundungszug“ gefohet hat — zurückkehren müssen.

In Kimberley grassieren der Typhus und andere Krankheiten. Die Buren legen immer neue Bomben an. Ueber den verunglückten Anstalt des Obersten Powell aus Mafeking heißt es jetzt im amtlichen englischen Bericht:

Der Angriff wurde tapfer durchgeföhrt, aber alle Bemühungen, durch Schiffe in das feindliche Lager zu gelangen, schlugen fehl. Nachdem drei Offiziere gefallen, drei verwundet waren und wir große Ver-

luste an Mannschäften gehabt hatten, gab ich den Befehl zum Rückzug. Also auch hier Priegel getriekt! Die Times entblödet sich nicht, anlässlich dieser Schmach wieder zu behaupten, die Buren hätten Tode und Verwundete bestraft. Cecil Rhodes soll im Hospital zu Mafeking am Fieber darniederliegen.

Die Aushebung englischer Freiwilliger: der Kapitanie süßt auf größte Schwierigkeiten, da sich nicht genug Leute melden und die, welche sich anwerben lassen, meist dienstuntauglich sind. Das gilt besonders von den 10 000 Pennanen, jenen Farmen, die man als den Buren gleichwertig in den Himmel gehoben hatte.

Ueber die Depeschenzensur, die von England geübt wird und die sich auch auf alle Privat- und Handelsdepeschen erstreckt, wird großer Unwillen laut, da sie auch solche Länder betrafte, die mit dem Kriege nichts zu thun haben.

Dieser Tage lagen die englischen Blätter, 1000 griechische Unteroffiziere und Soldaten hätten sich anwerben lassen wollen, um England in Südafrika Dienste zu leisten. Ein Bericht fand es nur 20-30 Mann gewesen und zwar von einer Bescheidenheit, daß das englische Kriegsamt ihre Einstellung sofort abgelehnt hat.

Mit dem Golde ist es in England knapp geworden, wenn sich die Wölbung befähigt, daß ein hervorragendes Londoner Bankhaus vor zwei bis drei Wochen in Petersburg angefragt hat, ob ein Betrag von 5 000 000 Pfund (100 Millionen Mark) in Gold bereitgestellt werden könne, um die Gesamtheit der Geldverhältnisse auf dem Londoner Geldmarkt zu erleichtern und dem zeitigen Goldmangel daselbst einigermaßen abzuhelfen. Die russische Regierung hat aber diese Anfrage bestimmt verneint; in ihrer Antwort hat sie sogar betont, es sei unmöglich, daß nach dem Aufheben des Barren die Friedenskonvention im Haag getagt habe, die russische Regierung dem englischen Reich in Transbaikal durch Bewährung von Goldbarren Vorschub leisten könne. Mehr noch als die Abrechnung hat die Begründung der Ablehnung die maßgebenden Kreise der Bank von England stark verstimmt.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 8. Januar 1900.
Der Reichstag wird am morgenden Dienstag nachmittag 2 Uhr wieder zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen Wahlprüfungen, Petitionen und andere kleinere Vorlagen. Auch das preussische Abgeordnetenhaus tritt morgen nachmittag 1 Uhr zur ersten Sitzung zusammen.

Flotten-Agitation und Veschlagnahme. Der Vorwärts spricht in seiner Sonntagsnummer diese Vermutung aus, der wir am Freitag Ausdruck gaben, daß nämlich die plötzliche Veschlagnahme deutscher Schiffe durch Engländer wie bestellte Arbeit aussieht. In dieser Vermutung wird man bestärkt, wenn man sieht, wie gierig die Vertreter der Veschlagnahmen benutzt, um weiteren Stoff für ihre Flottenagitation zu erhalten. Die Frankfurter Zeitung bemerkt zu diesen plumpen Schwimdel mit Recht: „Hinfällig muß doch jeder Versuch, daß in der Veschlagnahme ein neues Argument für die Propaganda von schleimiger weiterer Marinievermehrung nicht liegt; denn derartige Möglichkeiten hat doch schließlich jeder voraussehen können, und es wäre eine Verleumdung des Reichsmarineamts, wenn man annehmen wollte, daß dies bei dem letzten Flottengeze nicht auch damit gerechnet hätte. Trotzdem wurde die nach diesem Gesetz bemessene Stärke für aus reichend erachtet. Was wird denn daran durch die neuesten Vorfälle geändert? Und würde die Möglichkeit, den aktiven Uebervorteil einzelner Schiffstypen zu kombinieren und vorläufig liegt nichts anderes vor, so lange die Verhandlungen zwischen den Regierungen noch schwanken — etwa bestiegt sein, wenn die Flotte den Umfang des angeführten neuen Flottenplans erhalten würde? Doch keineswegs, zumal ja unsere Auslandsschiffe nur um sehr beermht werden sollen. Wie aber denkt man sich überhaupt die Einwirkung der Flotte in solchen Fällen? Wollen unsere Chauvinisten im Ernst fordern, daß stets gleich mit Waffen-gewalt eingeschritten wird, wie es neuerdings manche Flotten-schwärmer bedauern, daß Deutschland sich wegen des Fehlens einer Weltflotte nicht gleich anfangs in den Transoantrik entgemiselt hat? Wenn das geschähe, dann können wir aus den politischen Gründen nicht heraus, da wir mühten wir an allen Ecken und Enden der Welt große Flotten kriegsbereit halten, und unter Handel und die Industrie, die doch in allererster Reihe geschädigt werden sollen, wären eine unausgesetzten Verunreinigung preisgegeben. Es liegen hier sehr bedeutliche Uebertreibungen vor, die auf eine vorläufige, überlegte Politik sich nicht überbren, sondern in Eigenes stark hemmend einwirken. Wenn man in solcher Weise Machtpolitik treiben will, dann mühte man an die Schaffung einer Flotte denken, die der englischen Flotte nicht nur gleich, sondern weit überlegen wäre, und die auch Koalitionen von Seemächten gewachsen wäre. Das ist aber ein Ziel, vor dessen finanziellen Konsequenzen selbst diejenige zurückzucken dürfte, welche heute sich über die finanzielle Belastung noch leicht hinwegsetzen. Zur zufriedenerstellenden Erlöschung der jetzigen Zwischenfälle aber bedarf es keiner großen Flotte.“

Die beste Befragung. Der jenseitig erfahrenen Jahresbericht der Hamburger Handelskammer nennt die gründliche Bildung der Deutschen auf wissenschaftlichen und technischen Gebiet „die beste Währung für den wirtschaftlichen Fortschritt.“ So „ein ehrbare Kaufmann“ denkt, noch sehr altmühtig.

Die letzte Wintermode gebietet ja, Ponzerhösche und Samonen für die ausfallende Mode in wirtschaftlichen Weltreit zu halten!

Das neueste Wagbeurger Urteil schließt in der unabhängigen Presse scharfe Kritik. Unter anderem meint die Freie Zeitung, daß daselbst die in Widerspruch zu allen bisher vertretenen Rechtsprinzipien befindet und mit dieser Begründung unmöglich wieder aufrecht erhalten werden können. Es ist wieder, so sagt das Blatt, mit dem Urteil nach dem Vorwurf des Freigelegens verbunden, das ausdrücklich, um einen klaren Beweis der verantwortlichen Verantwortlichkeit zu schaffen, sie auf bestimmte bezeichnete Personen erstreckt hat, nicht aber auf die Masse, auf die Zeitung als solche. Das Freigelegte kennt als Täter nur den verantwortlichen Redakteur oder den Verfasser, daneben als eventuellen Mithäter noch Verleger, Drucker und Verbreiter, lauter Personen, nirgends aber die unpersönliche Zeitung, und der Versuch, eine solche Ausdehnung zu konstruieren, ist mit dem Gesetz nicht zu vereinbaren. Der Versuch, einen Redakteur die Strafen seiner Vorgänger aufzuwälzen, ist allerdings schon mehrfach unternommen worden, bisher aber stets vergeblich. In Prozessen gegen die Frankfurter Zeitung haben nur einmal Angeklagten ein Zeugnis abgelegt. Der Herr Spies, für Redakteur ein Amt Bandentheorie zu schaffen, indem den geschandten Vergleich mit einer Klüberbande, zog die einen nach den anderen vorwärts, und meinte, der jeweilige Verantwortliche müsse für die Straftaten der ganzen „Bande“ büßen. Der Gerichtshof ließ aber diese Theorie die gebührende Wertung zu teil werden. Vor einigen Jahren machte das Frankfurter Selbstgericht einen ähnlichen Versuch, indem es eine hohe Geldstrafe mit dem Hinweis auf die Zeitungsstrafen der früheren Redakteure verhängte; das Landgericht forcierte aber sofort in der Berufungssitzung diese Ausführung, und wir halten es für selbstverständlich, daß das Bescheidliche in gleicher Weise an dem Wagbeurger Urteil die erforderliche Korrektur über wird. Denn es ist wieder geschnitten noch entspricht es dem gefundenen Recht, daß jemand die Handlungen eines anderen zur Last gelegt werden, mit denen er in gar keinem Zusammenhang steht. Das hier das System der Prügelungen auf die Redizprechung übertragen.

Einern Vernichtungskampf gegen die Automaten in Württemberg hat zum Ende der Jugend der Verband des Freieschützen, von Duttler, unter dem Vorzeichen der Verhütung der Verkaufsautomaten binnen 24 Stunden aus den öffentlichen, dem Publikum frei zugänglichen Räumen zu entfernen; denn die Automaten sind, wie der Kandidat erklärt, „derart aufgestellt, daß sie dem Publikum, insbesondere der Jugend, bequeme Gelegenheit bieten, sich mit Maschinen und dergleichen geringwertigen Gegenständen zu versehen. Eine derartige, fortwährend bestehende Verführung zu unkontrollierbaren Ausgaben zu Genussmitteln wirkt außerordentlich demoralisierend. Die Begehrtheit und die Nachlässigkeit wird in den Kindern geweckt und dauernd angeregt, der Schwärze, den verächtlichen Eltern und Erzieher in den Kindern müßig zu werden lassen, und ungesunden und verächtlich und, wie zahlreiche, in der Automaten gefundene Beschaffenheiten, es werden die Kinder geradezu zu Betrugsversuchen angezogen. Es erscheint demnach geboten, einem derartigen Unwesen mit allen gesetzlichen Mitteln entgegen zu treten.“

Polizeiverordnungen dürfen zu diesen gesetzlichen Mitteln jedenfalls nicht gehören. Hohe Anerkennung verdient dagegen der Eifer, mit dem der Herr Kandidat die Begehrtheit der Jugend mit Stumpf und Stiel auszuröten beabsichtigt ist.

Ausland.

Frankreich. Die Kosten des Pariser Komplottsprozesses sollen 50 000 Franc betragen. Die französische Steuerbehörde ist beauftragt worden, die Güter der Verurteilten zu beschlagnahmen. — Hierin wurde in der Nacht zum Sonnabend nach dem Wahlsiege gebracht, um ins Gefängnis von Clairvaux zur Verbüßung seiner Strafe übergeführt zu werden. Bei seiner Abfahrt erregte sich kein Zwischenfall.

Schweiz. Ueber die sozialpolitischen Gesetze wird eine Volksabstimmung erfolgen. Für das Referendum gegen das Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung sind mehr als die erforderlichen 30 000 Unterzeichneten zusammen gekommen, so daß die Volksabstimmung stattfinden muß.

Der Schuldige?

Roman von Viktor Malot.

(Nachdruck verboten.)

„Sie sind es also, der die Spur hinterlassen hat,“ antwortete La Vaupaliere lachend.
„Oh! Der Witz ist gut.“
„Warum nicht, wenn Sie diese Nacht Gelante besucht haben.“
„Welcher Gelant?“
„Wie groß ist Ihr Fuß, Herr Boulois?“
„Ich weiß es nicht.“
„Faulon kniete mit dem Meterrmaß vor dem Kassierer nieder.“
„Zweihunddreißig auf 11.“
„Dies ist eine gewöhnliche Fußlänge,“ sagte La Vaupaliere. „Und der Ihre, La Vaupaliere.“
„Er war im Begriff, auch vor dem ersten Schreiber niederzuknien. Dieser aber hatte die Füße unter seinem Schreibtisch verstaubt.“
„Sieh Sie mich in Frieden,“ sagte er, „ich habe keine Zeit zu verlieren. Man arbeitet heute nichts und morgen wird der Herr wieder sagen, daß dies alle Freitage der Fall sei. Also an die Arbeit, meine Herren!“
„Während einer halben Stunde hörte man nur die Federn über das Papier raseln, ohne daß jemand den Kopf erhoben hätte.“
„Aber plötzlich glitt ein dunkler Schatten, die Silhouette einer Frau, an den Fenstern vorbei und La Vaupaliere sah verhorren nach ihr, während Faulon sich offen herumdrückte und ihr nachsah.“
„Die Perrier,“ sagte Boulois. „Langsam ging sie vorüber, ohne aufzuhalten, wenigstens ohne aufblicken zu scheinen.“
„Sie war eine Frau, deren Alter unmöglich genau zu bestimmen war. Man konnte sie eben so gut auf 20 Jahre als auf 40 Jahre, nachher durch ihren salomonischen Blick, welches durch ihre verführerische Art in allem unregelmäßig, langsam, ohne groß zu sein, ließ sie einen leichten, schwebenden Gang.“
„Da die nach dem Herrn hinausgehende Thüre offen stand, so wagte niemand, während sie vorüberging, zu sprechen, als sie sich aber weiter nach dem Gartenthor hin entfernt hatte, brach Faulon das Schweigen.“
„Sie wird sich den Fußabdruck ansehen.“

England. Chamberlain als Schutz antwortet. Die Inhaber beider Verordnungen einen Briefwechsel, aus dem klar hervorgeht, daß Chamberlain als Hauptvertheiler des Jameson-Briefes angesehen ist. Er kannte nicht die alle Eigenschaften des Briefes, sondern er bezweckte auch später, anlässlich des Jameson-Prozesses, durch eine kluge Auswahl der Richter, durch Beilegung befehlender Äußerungen die Freisprechung Jameson. Der Briefwechsel beweist, daß Chamberlain seit langen Jahren mit der Chartered Company, Cecil Rhodes und Alfred Beit, welche den gegenwärtigen Afrikaerwerb hervorziehen, finanzielle Geschäfte machte. Es ist durch den Krieg gefährdet worden. So ist der Hauptvertheiler von England als Schutz gebend, der den Krieg mit den Büren systematisch angezettelt hat, um Profit daraus zu ziehen. Er spekuliert mit dem Blute Tausender von Menschen, ist aber dabei ein frommer Mann und ein höchst ehrenwerter Staatslenker.

Parteinachrichten.

Der Kongreß der belgischen Sozialdemokraten findet am 14. Januar in Brüssel statt. Es ist das am angeforderten, einberufenen hauptsächlich, um die Zukunft der Partei bei den nächsten Kommunalwahlen zu besprechen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Die Frage der Wahlhinterziehung; das Wahlprogramm; Stellungnahme zum Senat; die Organisation des Kampfes zur Erringung der Arbeiterverträge; die Presse. Das tägliche Erscheinen eines medienbürgerlichen Parteiblattes scheint gesichert zu sein. Es teilt in seiner letzten Nummer mit, daß bereits ein Grundstück erworben worden ist, um daraus ein Dreiergebäude zu errichten und Räume für Buchhandlung, Expedition und Redaktion einzurichten.

Gewerkschaftliches.

Metallarbeiter. In Berlin haben neue Differenzen in Aussicht. Der Reichsverband Metallarbeiter hat beschlossen, eine neue Arbeitsordnung in seinen Betrieben zur Durchführung zu bringen, die verschiedene für die Arbeiter ungünstige Änderungen enthält. Das zu diesem Beschlusse verordnete Normalstatut bezieht sich vornehmlich auf die §§ 616 und 619 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat daraufhin angekündigt, jede Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch die neue Arbeitsordnung an zufälliger Stelle zu weiden, um rechtzeitig Schritte dagegen zu thun. Wie bedrohlich die Situation gehalten wird, geht daraus hervor, daß man in den Kreisen der Arbeiter einen großen Aufbruch zu erwarten hat. Die Sammlungen zum Streikfonds sind infolge der schlechten Erfahrungen, die man im letzten Jahre mit den unorganisierten Arbeitern gemacht hat, abgeschafft worden, dagegen erhebt man jetzt einen regelmäßigen Streikbeitrag von 20 Pf. pro Monat von jedem Mitgliede. Die Unterhaltungen sind auch hundertprozentig freiwillig. Jedes Mitglied erhält bei 25wöchiger Mitgliedschaft 15 Mk., jedes weibliche Mitglied 9 Mk. pro Woche. Bei früherer Dauer der Mitgliedschaft werden geringere Entschädigungen gezahlt. Der Metallarbeiterverband zählt gegenwärtig ungefähr 78 000 Mitglieder.

Die Eröffnung des Tagelohnes von 2 Mk. auf 3.50 Mk. erweist die Bedeutung der städtischen Arbeiterbewegung auf glücklichen Wege.

Ein Arbeitersekretariat wird heute in Breslau eröffnet.

Wegen Verhinderung haben die Dreher der Maschinenfabrik in Genshagen von Paul Schick in Dppersheim für die Kündigung eingetreten.

Wegen Nichterlebens der Mitgliederliste hatten mehrere Verbannten des Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes im Ruhrgebiet Strafmandate erhalten, gegen die sie richterliche Entscheidung beantragten. In der Berufungssitzung vor dem Sommer Landgericht wurde ein Angeklagter freigesprochen, während der Vorliegende des Verbandes zu 75 Mk. und zwei Vertrauensleute zu 50 bzw. 40 Mk. Geldstrafe verurteilt wurden.

Ausland.

Frankreich. Aus Saint-Etienne wird über Ausschreitungen berichtet, die am Donnerstagabend stattfanden. Eine Anzahl Personen versuchten in das Rathaus einzudringen, wurden aber von der Wache abgehalten. Die Ausschreitungen nahen dabei auf einem nahegelegenen Platz und gerieterten dort die Stühle und Laternen in einem Haufen. Ein Polizeibeamter und ein Gendarm wurden verunruhigt, etwa 20 Verhaftungen vorgenommen. Die zuständigen protestieren nachdrücklich gegen diese Ausschreitungen, welche von Unzufriedenheit her vorgeht, sondern die beiden im Zustand befindlichen Vereinigungen angehören. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß diese Unzufriedenheiten bestimmten Zwecken dienen sollten, vor allem um die Polizei zu

schwerem Eingreifen zu veranlassen. Diese Ansicht ist als möglich zu bezeichnen, denn der Präsident des Vore-Departements hat an den Ministerpräsidenten telegraphisch, daß die Ausschreitungen keineswegs an den Unruhen beteiligt waren, in nicht einzeln den Bericht nach zu lassen, sondern in dem Zusammenhang. Aus Währlich-Drauz wird berichtet: Da die Verhandlungen, die mit den Delegierten der Arbeiter stattfanden, resultatlos verlaufen sind und die Fortsetzung des Streiks bedrohlich worden ist, haben heute nur etwa 15 Prozent der Bergleute in die „Salomon- und Anarionische“ ein. In den anderen Schächten wird gearbeitet. Es herrscht billige Ruhe.

Spanien. In den Ausbänden traten, wie aus Barcelona gemeldet wird, in Granollers die Arbeiter und verurteilten Strafgefangenen. Die Gendarmerie gestrichelte die Menge

Lokales und Provinziales.

Halle a. S., 8. Januar 1900.

Das Volksblatt abbestellt hat das hiesige Café Monopol, Neue Promenade, angehend infolge eines „garter Winkes“ von militärischer Seite. Das Volksblatt hat den Hof fünf Jahre ununterbrochen ausgelesen. Daß die in der Verbanung unseres Blattes zum Ausdruck gekommene Unterwürfigkeit gegenüber militärischen Wünschen von gesellschaftlichen Standpunkte besonders flag gewesen ist, möchtet wir beweisen. Die Cafés werden in der Hauptstadt der dort ausliegenden Zeitungen wegen frequentiert; vermag das eine oder das andere das Lesebüchlein nicht zu befriedigen dann bleiben die Besucher aus. Wir kennen eine ganze Menge Leute, die das Café Monopol nur deshalb besuchen, weil das Volksblatt dortselbst auslag, da ihnen die Lesure desselber auf andere Weise nicht zugänglich war, und in der That ist das Volksblatt auch eines der beliebtesten Blätter in diesem Café gewesen. Auf den Besuch dieser Leute wird der Inhaber des Café Monopol nunmehr verzichten müssen. Wahrscheinlich wird ihm der Besuch von Militärs genügen der Ersatz werden, sonst wäre der unternommene Schritt einfach ungreiflich. Denn zur Stärkung des Renommee eines Cafés trägt es doch wirklich nicht bei, das in Halle am stärksten verbreitete Blatt von der Auslage einfach auszuschießen.

Nach ein: Wenn gewisse Leute glauben, und durch solche Kleinlichkeiten ärgern oder gar unsere Bewegung schädigen zu können, so ist dies nachsichtlich nur dem Unlande zuzuschreiben, daß diese Leute sich ein ungläubig kindisch-naives Gemüt demohat haben; ein kindisch-naives Gemüt, das noch weitlich dasjenige des alten Winkes von Antioche zu überlegen ist. Das Ritter der bekanntlich auf seiner braunen Rolante auszog, um gegen Wundmüllersflügel zu kämpfen.

Ein heitere Verwechslung ist dem Stadtverordneten-Berichterstatter der Saale-Bez. in seinem Bericht über die Donnerstag-Session unterlaufen. Bei der Anfrage unserer Genossen Krieger und Albrecht, die Stellung des Magistrats bezüglich der Niederlegung der Steuern betreffend, läßt er den Gen. Krieger sagen:

Der Referent — gemeint ist Krieger — erwähnte einen Fall, in dem ein Arbeiter wegen Nichtzahlung der Steuern aus dem hiesigen Reichsgericht geurteilt worden ist. In diesem Falle ist nicht alles verurteilt worden, um die Bezahlung der Steuern zu erlangen. Warum wäre der Lohn nicht beizulagern worden, dann wäre der Mann im Besitz des Wahlrechts geblieben. Auch kritisierte Redner (sagt), daß nachdem das Wahlrecht entzogen sei, doch noch später erwerblich bezogen werden, und dabei selbst vor dem ersten Urtheil nicht halt gemacht werde, sondern auch dieser angenommen werde, wobei sich der betreffende Beamte im vorliegenden Falle noch ähnliche Bemerkungen erlaubt habe. Schließlich entfernte sich der Redner so weit in seinen Ausführungen vom Kern der Sache, daß er vom Vorlesenden zur Sache

Dann heißt es mit Bezug darauf: Die Ausführungen des Vorlesenden, die schwere Vorwürfe gegen den Magistrat enthielten, entkäftete (dann vollständig Herr Bürgermeister v. Solla). Diese Verwechslung des Vorredners mit dem Vorlesenden wird Herrn Dittenberger wohl auch übersehen haben. Man denkt sich, der Vorlesende des Stadtverordneten-Kollegiums erhebt in seiner Sitzung schwere Vorwürfe gegen den Magistrat, die von dem ständigen Bürgermeister Solla entkäftet werden, der erst kurz vorher von Herrn Dittenberger zu seinem Jubiläum warm begrüßt worden wurde. Nein, nein, das ist wirklich hart von der Saale-Bez. mit einem solchen Neujahrswort auszurufen. Was konnte sie aber auch Herrn Dittenberger zu etwas zutragen?

Krieg im Frieden. Das Wagbeurgerische Pflücker-Regiment Nr. 88 macht im heiligen Gen.-Anz. bekannt, daß es am 9., 10. u. 11. Januar d. J., von 8 Uhr vormittags

ichien sie ihm aufmerksam zuzusehen, in Wirklichkeit blühte sie aber zu La Vaupaliere hinüber.
„Dieser machte mit solcher Vorsichtigkeit ein Zeichen mit dem Daumen seiner rechten Hand, daß außer ihr keiner der Herren etwas davon bemerkte.“
„Madame Courtineuse bedachte sich für die Betlungen und überlegte nachdenklich, was sie dem Herrn sagen sollte.“
„Raum war sie fort, so machte sie die jungen Leute bereit, zum Mittagessen zu gehen. La Vaupaliere beauftragte den zweiten Schreiber, bei einem Klienten vorbei zu gehen, um eine Auskunft zu verlangen, die er ihm aber nicht ins Bureau, sondern in das Restaurant „zur Pensionance“, wo sie gewöhnlich zu Mittag isst, bringen sollte.“
„Als er nun abging allein in der Schreibstube stand, wurde die Thüre nach dem Arbeitszimmer des Herrn Isele geöffnet und eine Frau eintrat, die „Antonin“.

V.

Mit einem Satz lag er die Stufen hinauf und vor ihm stand sich mit ausgebreiteten Armen Madame Courtineuse; sie hingelte sich an seinen Hals und küßte leidenschaftlich.
„Kommt!“
„Er erwiderte die heiße Umarmung, wollte sich aber bald davon wieder losmachen.“
„Du weigst,“ sagte er.
„Sie legte ihm die Hand auf den Mund:
„Ich will nichts wissen...“
„Aber...“
„Es ist Du mit der Hand ein Zeichen machte, habe ich dich mit einem Auszug geschickt, so dem sie die wichtigsten drei Viertelstunden Zeit brauchen wird; ich habe die Thüren nach dem Hof und Garten verriegelt; wir sind alle jetzt bei der Herren Hause; wir sind fertig, und niemand kann uns überreden; bringen wir diesen Umhang; später kannst Du mit evakuieren. Du willst, und ich werde Dir auch die vielen laue Formale.“
„Auf den Füßstapfen gehend und noch immer sich fest an seinen Hals verhängend, zog sie ihn nach dem Salon, besser Thüre offen war, und nötigte ihn, sich neben sie auf das Sofa zu setzen.“
„Gibt mir einen Kuß!“
„Er war durch ihren leidenschaftlichen Gesichtsausdruck überreizt, denn er hatte nur Gerüchten und Klüßern überwarnt. Da aber die Thüren geschlossen waren und ihr tote-tote für eine gewisse Zeit geschickt worden, so wollte er sich nicht als der Zurückhaltende und Zurückhaltendere setzen.“
(Fortsetzung folgt.)

